

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

DS-DigitalSolutions by Daniel Schneider

1. Geltungsbereich

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für alle Verträge, Angebote und Leistungen zwischen

DS-DigitalSolutions by Daniel Schneider (nachfolgend „Auftragnehmer“) und seinen Kunden (nachfolgend „Auftraggeber“),

sofern nicht ausdrücklich schriftlich etwas anderes vereinbart wurde.

Die AGB gelten für Unternehmen, Vereine sowie Privatkunden.

2. Vertragsgegenstand

Der Auftragnehmer erbringt Dienstleistungen insbesondere in den Bereichen:

- IT-Beratung und digitale Unterstützung
- Einrichtung, Betreuung und Pflege von Websites
- Unterstützung bei Hosting-, Domain- und E-Mail-Konfigurationen
- Beratung und Umsetzung digitaler Lösungen (z. B. Microsoft 365, Content-Systeme)
- Technische Unterstützung und projektbezogene Dienstleistungen

3. Dienstvertrag

Die Leistungen erfolgen als Dienstvertrag gemäß §§ 611 ff. BGB.

Ein konkreter Erfolg wird nicht geschuldet, sofern nicht ausdrücklich schriftlich vereinbart.

4. Mitwirkungspflichten

Der Auftraggeber stellt alle erforderlichen Informationen und Zugänge rechtzeitig bereit.

Mehraufwand durch fehlende Mitwirkung kann gesondert berechnet werden.

5. Vergütung und Zahlungsbedingungen

Die Vergütung erfolgt gemäß Angebot.

Zahlungsziel: 14 Tage ab Rechnungsdatum.

Gemäß § 19 UStG wird keine Umsatzsteuer ausgewiesen.

6. Zusatz- und Mehraufwand

Nicht im Angebot enthaltene Leistungen gelten als Mehraufwand und werden separat berechnet.

7. Haftung

Haftung nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.

Keine Haftung für Ausfälle von Drittanbietern oder Fremdsystemen.

8. Fremdleistungen

Für Leistungen von Drittanbietern wird keine Haftung übernommen.

9. Nutzungsrechte

Der Auftraggeber erhält ein einfaches Nutzungsrecht für den vereinbarten Zweck.

10. Vertragslaufzeit und Kündigung

Projektverträge enden mit Leistungserbringung.

Laufende Leistungen sind mit 14 Tagen Frist kündbar.

11. Datenschutz

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt gemäß DSGVO.

12. Schlussbestimmungen

Es gilt deutsches Recht.

Sollte eine Klausel unwirksam sein, bleibt der Rest wirksam.

Stand: Januar 2026